

Erhalten wöchentlich 3 Bogen in Leipzig.  
Bestellungen nehmen alle Postämter und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.  
Verlagsgesellschaft für die vereinigten Staaten:  
G. H. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
G. H. Bunneder,  
28 S. Market str. oorn.  
Madison str. Chicago, Ill.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis:  
Für Preußen incl. Stempelsteuer 21 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 16 Sgr. pro Quartal.  
Monats-Abonnements werden bei allen Deutschen Postämtern auf den 2. u. 3. Monat u. auf den 3. Monat besonders angenommen, im Sgr. Sachsen u. Osth. Sachl. -Münster auch auf den 1. Monat à 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 83. Mittwoch, 10. September. 1873.

## Ein Fortschritt in den Reihen des Kathederzölibatismus,

nebst Hinweis auf die Beziehungen desselben zum Vassallenismus, sowie zum Sozialismus und Communismus.

Die „Concordia“, „Zeitschrift für die Arbeiterfrage“, nach eigenem Ausspruch (siehe Nr. 29) „berufen, nicht gegen, sondern für die Arbeiter zu wirken“, erlaubt sich in der gedachten Nummer zu behaupten, daß „ein großer Theil der Arbeiter durch die Maßlosigkeit seiner Ansprüche und den Mißbrauch der dem Arbeiterstande geschenkten (?) — nicht aber von ihm, wie z. B. von dem englischen, durch saure Anstrengung erkämpften — Rechte und Freiheiten seinen Anwälten es schwer mache, noch ferner das Wort für ihn zu ergreifen.“

Gegen diese Einfalt sticht erfreulich ab ein vom Professor von Scheel, Lehrer der Staatswissenschaften an der Universität Bern, am 3. Dezember 1872 gehaltenes und vor einigen Monaten (bei Dent und Reinert in Bern) im Druck erschienener Unterhalb-Bogen-Vortrag über „die soziale Frage“. Man kann diese Broschüre getrost als einen entscheidenden Bruch des Verfassers mit dem bisherigen offiziellen und offiziösen Kathederzölibatismus bezeichnen, denn sie leugnet die „Harmonie“-Theorie rundweg ab und sucht darzutun, wie sich die Forderung der ökonomischen aus dem Grundgesetz der politischen Gleichheit, den die Revolution von 1789 aufgestellt hat, berechtigterweise von selbst ergeben mußte. An diesen Punkt angelangt, verliert der Kathederzölibatismus zwar seine Hoffähigkeit, dafür aber tritt er in das Stadium, welches ihm die Beachtung seitens einer ernsten Kritik verschafft. — Unser Verfasser geht von den politisch rechtlichen Erörterungen der französischen Revolution zur Erörterung der sozialen Zustände jener Zeit über und sagt:

„Was geschah nun auf faktischem Gebiete? in der wirtschaftlichen Zusammensetzung der Völker selbst? — Hier konnte (wohl!) natürlich nicht davon die Rede sein, daß man die Unterschiede des Besitzes, welche sich vorfinden, auszugleichen oder auch nur abzuschwächen versuchte; vielmehr wurde die Kraft des Besitzes dadurch gestärkt, daß man ihn von allen Fesseln der Benutzung befreite. Ebenso wenig war es möglich, wenigstens augenblicklich nicht! die Unterschiede in der Bildung aufzuheben, und dadurch die gleiche Fähigkeit Aller, ihren Besitz oder ihre Arbeit zu verwerten, herzustellen; und man konnte auch den Umstand nicht beseitigen, daß höhere Bildung sich nur auf Grundlage höheren Besitzes resp. Einkommens erwerben läßt, welches die Wege zum Erwerb von Bildung verschafft; und ferner war es (nach dem Bourgeoisprinzip des siegreichen 3. Standes!) nicht möglich, die Freiheit der Arbeit in der Weise thatsächlich zu verwirklichen, daß man nun einem Jeden die Mittel verschafft hätte, seine Kräfte dahin zu wenden, wo er sie am besten verwerten konnte, und so die rechtliche Freizügigkeit zu einer thatsächlichen zu machen.“

„So blieben also neben der rechtlichen Freiheit und Gleichheit eine große Menge thatsächlicher Ungleichheiten und Unfreiheiten, materieller und geistiger Natur bestehen.“

„Und dazu kam nun die eigenthümliche Ausbildung der volkswirtschaftlichen Theorie, welche sich damals bekanntlich in Frankreich durch die sogenannten Physiokraten und J. B. Turgot, in England durch Ad. Smith zu einer Wissenschaft herauszubilden anfing. Diese Volkswirtschaftslehre, einerseits bestimmt durch die Opposition gegen die bisherige Bevormundungspolitik der Regierungen in volkswirtschaftlichen Dingen, andererseits heraufgehoben durch die unerwartet mächtige Entfaltung der Güterproduktion unter dem Einfluß der neuen technischen Erfindungen und des beginnenden freihändlerischen Regiments, erklärte den rückichtslossten Gebrauch aller wirtschaftlichen Fähigkeiten der Einzelnen an Arbeit und Kapital für das sicherste und beste Mittel, den allgemeinen Nationalwohlstand herbeizuführen, und verwarf auf das Entschiedenste jede Einmischung des Staats in wirtschaftliche Angelegenheiten; wobei sie in Erinnerung der kaum überwundenen absoluten Fürsten- und Adelshegemonie den Staat sich wie etwas dem Volke Gegenüberstehendes und Feindliches vorstellte. Und sie wollte auch nichts von einem Schutze des wirtschaftlich Schwächeren durch die Gesetzgebung wissen, weil sie sich alle Menschen als wirtschaftlich gleich stark und klug vorstellte. Sie pries den unbeschränkten Gebrauch von Kapital und Arbeitskräften zur möglich höchsten Vermehrung der Gütermasse, des sogenannten Nationalreichthums, als volkswirtschaftliche Pflicht; und glaubte, daß die glücklichste Verteilung der Gütermasse auf Alle, durch die schrankenlose Konkurrenz unter dem sogenannten „Naturgesetz“ von Angebot und Nachfrage sich schon von selbst ergeben werde. Und diese jugendliche Wissenschaft, welche freilich heut in dieser Form Vertreter nur noch in einzelnen antiquarischen Exemplaren finden dürfte, übte mit ihren Anschauungen mächtigen Einfluß auf die Praxis der Privaten und der Regierungen.“

„Mit Hilfe der neuen technischen Erfindungen, welche immer wieder neue hervorriefen, wuchs die Anwendbarkeit und die Ertragsfähigkeit der Kapitalien, aus denen immer wieder neue entstanden, ganz überraschend; und den Besitzern von Kapital kam die neue wirtschaftliche Freiheit vor allen Dingen zu Gute; denn natürlich ist die Freiheit für den am werthvollsten, welcher die meisten Mittel hat, sie zu benutzen. Nach dieser Seite hin waren die Wirkungen der Freiheit und Gleichheit durchaus die gewünschten und erhofften. — Sollte und wollte man nur dieses von dem neuen Prinzip erhoffen? — Würde man nicht wünschen, daß nicht nur die wirtschaftlich Starken, die Besitzenden, sondern auch, ja gerade vornehmlich die wirtschaftlich Schwachen, die nur wenig oder gar nicht begüterten, gerade die Besitzlosen und nur auf ihre Arbeit angewiesenen von der neuen Ordnung Vorteil haben sollten? — daß ihnen dadurch erhöhte Existenzsicherheit und Sicherheit der

Existenz erwachsen möchte? Und wie verhält es sich damit? — Hier konnte die Antwort nicht so günstig lauten! Allerdings, man sah einzelne Glückliche aus diesen Reihen schnell empor steigen zur Wohlhabenheit, ja zu fürstlichen Reichthümern; und, da solch Emporsteigen jetzt Jedem frei stand, warum thaten es die Andern nicht auch? — Geehrte Anwesende! Man kann ebenso gut fragen: da jeder Soldat den Marschallstab im Tornister trägt, warum werden nicht alle Soldaten Marschälle? Das Recht, Offizier zu werden, macht noch keinen zum Offizier; und das Recht, reich zu werden, keinen reich! Und so sah man denn, wie trotz des Prinzips der Freiheit ein großer Bruchtheil der Bevölkerung doch besitzlos und unselbstständig, d. h. wirtschaftlich unfrei blieb; und sah auch, wie durch das Prinzip der Gleichheit die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Besitzklassen keine gleichmäßigere wurde. Ja, man konnte sogar beobachten, wie theilweise gerade aus diesem Prinzip entgegengesetzte Bewegung sich thatsächlich geltend machte. Die Maschinen begünstigten die Anwendung des Großkapitals, und der Kleinbesitz wurde dadurch zum schwereren Kampf gegen dasselbe genöthigt, in welchem er vielfach litt oder unterlag; und ferner sah man jetzt unter einzelnen Unternehmern so große Massen von besitzlosen Arbeitern in Abhängigkeit von jenen, wenn auch rechtlich frei, vereinigt, wie die Geschichte nur aus dem römischen Alterthum ähnliche Beispiele aufweist, wo es sich nicht um „freie“ Arbeiter handelte. Und dabei mußte man noch bemerken, daß die großartige Verkehrs-Entwicklung der Neuzeit, welche viele Produktionsgebiete von einander abhängig machte, und dazu das Arbeiten auf Vorrath, statt auf Bestellung (wie beim alten Handwerk) oft Schwankungen im Absatz und damit in den Arbeits-Verhältnissen mit sich brachte, denen der „freie“, aber auch vom Brodherren jederzeit entlassbare Arbeiter mit unterlag, und oft sehr schmerzhaft. Und diese Unsicherheit war auch eine Art der Unfreiheit. — Und was die „Gleichheit“ betrifft, so konnte schon diese Zunahme der Großunternehmungen mit ihren vielen Arbeitern, aus denen naturgemäß nur ein verhältnismäßig kleinerer Theil zur Selbstständigkeit kommen kann, unmöglich als ein Fortschritt dazu erscheinen; und ebensovienig konnte das Aufstehen ungeheurer Vermögen, ohne daß ein entsprechendes Aufsteigen in dem Besitzstande der vielen Kleinen bemerkt worden wäre, als Näherung zum prinzipiellen Ziele angesehen werden. Ja, man darf es fast als gewiß ansehen, daß ein Wachsen der großen Vermögen auf Kosten der kleinen, eine Abnahme des Mittelstandes gegenüber dem Zuwachs der Besitzlosen und der Konzentration des Vermögens vielfach stattfindet; indessen ich will hierauf kein Gewicht (?) legen, obgleich es einem meiner Kollegen (Professor Böhmert ist gemeint) neulich aus Versehen gelungen ist, an der Hand der Steuerstatistik diese Bewegung wenigstens für einen der Schweizerkantone, für Zürich mit unliebsamer Spitzendrehung nachzuweisen.“

„Und nun, geehrte Anwesende, was ist das Fazit dieser Entwicklung? Wir haben auf der einen Seite das Zeitideal; die rechtliche Freiheit und Gleichheit, verwirklicht durch die Niederreißung aller beengenden Schranken der Volkswirtschaft; und offenbar mit dem Wunsche, daß dies auch für die thatsächliche Entwicklung und Zusammensetzung der wirtschaftlichen Gesellschaft Folgen in dieser Richtung haben möchte, — und andererseits sehen wir die thatsächliche Entwicklung der rechtlichen um nichts näher gerückt, ja, eher sich von ihr entfernen!“

„Ist es aber möglich, daß wir nach der einen Seite hin, der wirtschaftsrechtlichen, das Prinzip der Freiheit und Gleichheit zu verwirklichen wünschen und verwirklichen, und dann ruhig zusehen, wie nach der andern Seite hin (derjenigen der realen Zustände) sich dadurch gar nichts ändert, ja theilweise das Gegentheil geschieht? Und wenn wir diesem Widerspruch das Auge auch verschließen wollten, ist es möglich, daß derselbe nicht doch allmählich zum Bewußtsein des Volkes kommt; zunächst desjenigen Theiles, den dieser Widerspruch am härtesten trifft, und dann Aller, denen es darum zu thun ist, daß soziale Widersprüche nicht bestehen? Und ist es möglich, daß dies Bewußtsein nicht zu irgend einer Zeit so kräftig auftritt, daß es als eine zu lösende Frage sich gebieterisch der ganzen Gesellschaft ankränzt? und also damit die soziale Frage dieser Zeit wird? — Ich glaube, es muß so kommen, geehrte Anwesende, und es ist so gekommen. Wir haben unsere soziale Frage, welche da lautet:

„Wie bringen wir die Bewegung unserer volkswirtschaftlichen Entwicklung in Einklang mit dem Ideal der Freiheit und Gleichheit, das wir im Wirtschaftsrecht verwirklicht haben?“  
(Schluß folgt.)

## Politische Ueberzicht.

Der „Sieger von Sadowa“. Eine Statistik über die Gehalte der preussischen Lehrer ist wieder in die Öffentlichkeit gedrungen. Neues bringt sie Nichts; es ist der alte Nummer, der aus dem „Vorstaat“ ertönt, wo die Civilisten des regierenden Königs sich gerade an das doppelte jener Summe beläuft, die für Lehrer und Schulen ausgesetzt ist. Das Durchschnittsgehalt der preussischen Lehrer ist seit 10 Jahren gestiegen in den Provinzen Preußen von 160 auf 161, Posen von 144 auf 149 Thlr., Pommern von 145 auf 149 Thlr., Schlesien von 158 auf 175 Thlr., Sachsen von 235 auf 242 Thlr., Rheinprovinz von 192 auf 201 Thlr., Westfalen von 191 auf 197 Thlr., Hohenzollern von 166 auf 209 Thlr. In der Provinz Brandenburg, mit Ausnahme der Stadt Berlin ist der frühere Durchschnittsgehalt von 206 Thlr. noch der alte. Zwischen 50 und 100 Thlr. Jahresgehalt haben in Preußen noch 1926 Lehrer. Aufbesserungen kann man die in 10 Jahren bewilligten Zulagen wohl nicht nennen, von denen sich die niedrigsten auf 1 Thlr., die höchsten auf 43 Thlr. belaufen.

In zehn Jahren steigt in Preußen der Gehalt der Lehrer um einen einzigen Thaler; wach ein Bild des „Fortschritts“! Man sollte meinen, diese wichtige Statistik hänge allen Lobhudlern der preussischen Wirtschaft einen schweren Maulkorb vor. Aber Nichts von Alledem! Die Statistik ist zu einer ungünstigen Zeit in die Welt geschleudert worden, denn augenblicklich feiert man große Feste in Berlin; die Preußen jubeln über eine „Siegessäule“, die sie aufgerichtet haben, um ihre „glorreichen“ Siege zu verherrlichen, und die Bayern, Hannoveraner, Hessen, Schwaben und Badener, denen zum Zweck jener Siegessäule erst von den Preußen der Pudel gebläut werden mußte, jubeln mit. Da denkt freilich Niemand an die armen Lehrer, die in zehn Jahren um einen Thaler „aufgebessert“ werden und doch bei Sadowa gesiegt haben sollen.

— Die „Sedanfeier“ ist heuer so lässlich in's Wasser gefallen, daß unseren „Nationalen“ wohl die Lust vergehen wird, es noch einmal zu probiren. In der „Reichshauptstadt“ selbst jämmerlichstes Fiasko, wie sogar die amtliche „Provinzialcorrespondenz“ eingestehen muß. Rirgends Theilnahme des Volks, auch nicht wo die Nordpatrioten sich die äußerste Mühe gegeben. Für Orte lehrterer Gattung mag Leipzig als Muster gelten: Einige offizielle Schauspielerei, sonst nichts. Bei dieser offiziellen Schauspielerei sind überall die Schulkinder als Statisten benützt worden; und hat sich in der „großen Seestadt“ das Folgende ereignet: Die Herren Bourgeois haben der Mehrzahl nach ihre eigenen Kinder bei dem patriotischen Revuezug durch Abwesenheit glänzen und den Kindern des Proletariats die „Hr.“ gelassen, ihnen, den Herren Bourgeois, ein paar Stunden lang in Staub, Sonnenbrand und Hunger abwechselnd als Theaterkonkisse und Theaterchor zu dienen. So muß der Proletarier nicht bloß die Schlägen der Bourgeois schlagen, sondern auch seine Kinder für die Feste der Bourgeois hergeben. Wenn es sich unsere Nordpatrioten beikommen lassen sollten, im nächsten Jahr nochmals ihr Heil mit einer „Sedanfeier“ zu versuchen, dann, hoffen wir, werden unsere Arbeiter energisch sich dagegen verhalten, daß ihre Kinder in solch unwürdiger Weise zu frivolem Zeitvertreib der Herren Bourgeois mißbraucht werden. — Was sich die armen Kleinen wohl gedacht haben mögen, als gar der Doktor Panitz die Rednertribüne bestieg und unter einem Schwall von nordpatriotischen Phrasen gegen die Franzosen und die „schwarze Schlange“ loswetterte. Hätten sie gewußt, daß dieser Doktor Panitz auch schon „demokratische“ Umwandlungen gehabt hat, so hätten sie sich sicher über den Appetit gewundert, mit welchem Doktor Panitz die „schwarze Schlange“ nebst Franzosen und andern Reichsfeinden verschlungen hat.

— Der Frankfurter Vatermann bringt ein lustiges Bildchen, auf welchem ein Genfer Spießbürger als „neuer Teufel“ das Haupt vor dem Hut des nunmehr verstorbenen Herzogs von Braunschweig, des bekannten diamantenreichen Karl, entblößt und dafür einen Sad voll Geld in Empfang nimmt. Der Herzog Karl hat nämlich sein aus 25 Millionen bestehendes „Privatvermögen“ der Stadt Genf vermacht und die „republikanischen“ Genfer haben sich nicht entblödet, ihm dafür ein „fürstliches“ Leichenbegängniß zu veranstalten. Das abernste Schaugepränge begleitete den toten Herzog zu Grabe, der im Jahre 1830 aus Braunschweig vertrieben wurde. Bonaparte ließ beim Staatsstreich, wo sich der Diamantenherzog in Paris befand, bei demselben Hausfuchung halten und zwar aus „politischen Gründen“, um die Schultscheine für das von Braunschweiger geliebene Geld und die berühmten Diamanten zu erwischen. Aber der eine Dieb fand bei dem andern Nichts. Daß Karl, trotzdem er Knall und Fall aus seinem brennenden Schlosse vertrieben wurde, dennoch im Besitze von 25 Millionen war, erhellt, wie es die Fürsten verstehen, ihre Völker auszulagern. Braunschweig ist ein reiches, aber kleines Land und jener Herzog, der auf dem Schlachtfelde von Quatrebras fiel, hatte keine überflüssigen Geldmittel. Der Diamanten-Karl muß also seine ganzen Schätze direkt dem braunschweigischen Volke abgedreht und gestohlen haben! Das hat man in Braunschweig wohl verspürt und freche Geschichtsfälscher wagen deshalb zu behaupten, die Revolution von 1830 sei „gemacht“ worden, um den Verdrüßungen des Volks ein Ziel zu setzen. Die Braunschweiger Revolution von 1830 war eine Palast- und Schürzenrevolution, bei welcher Matressen und ablige Hoffranzen das gute Volk nachführten und adlige Petroleurs (ja, ihr Herzen „Geschichtsschreiber“, hier tritt diese Geltung von Nordbrennern bestimmt und sichtbar auf!) ganz unnöthiger Weise das Schloß in Brand steckten. Die Stadt Genf, welche ohne alles Weiteres aus den besetzten Händen des Braunschweigischen Karl die goldenen Früchte entgemahm und sich zum Palast desselben erniedrigte — fürs Geld, hat damit, wie beim Empfang des „Schah“ von Persien, wiederum gezeigt, daß der Geldsack in der Bourgeoisrepublik dasselbe Lumpenthum großzieht, wie im monarchischen Staat.

— Der National- und Rassenhaß, den unsere „gestaltungstüchtige“ Presse tagtäglich anzusehern sich bemüht, hat in Lüneville wieder eine Blüthe getrieben. Zwei Straßburger, von welchen der eine in preussischer Uniform ging, wurden in Lüneville plötzlich von Franzosen angefallen und mißhandelt, welche der bloße Anblick der Uniform angesetzt hatte. Soweit haben es die deutschen und französischen Nordpatrioten gebracht, daß die Menschen von einem nationalfarbigen Noth wie Stiere durch ein rothes Tuch gereizt werden. Der „Frankfurter Beobachter“ schreibt über diese schmachvolle Affaire:

„Die Vorgänge in Lüneville gewähren einen tiefen und erschreckenden Einblick in die Abgründe des Nationalhaßes, welcher aus dem letzten Kriege zwischen Franzosen und Deutschen übrig geblieben ist. Das Aufstehen einer preussischen Uniform genügt, um in weniger als einer halben Stunde 3000 vom wildsten Fanatismus beherrschte Menschen zusammenzubringen und diese

Menge mit einer Mordgier zu erfüllen, die in den Annalen der modernen Civilisation geradezu beispiellos ist. Ein französischer Capitän rettete mit Gefahr des eigenen Lebens die bedrohten Deutschen; der Commandant des Places mußte sie auf Schießwägen zum Bahnhofs bringen lassen, um nicht einen blutigen Aufstand zu provozieren, über dessen Ausgang er bei der Stimmung seiner Soldaten nicht einmal sicher sein konnte. So sind die Thatfachen, wie sie berichtet werden, und es würde gänzlich zwecklos sein, über dieselben vom moralischen (?) Gesichtspunkt aus Betrachtungen anzustellen, da ja diese Seite des Vorganges grell genug für sich selber spricht. Wir haben es hier mit einem wilden Ausbruch jener schrecklichen Leidenschaft zu thun, welche schon soviel namenloses Unheil über die Völker gebracht hat und die durch jeden „glorreichen“ Krieg nach jahrelanger Arbeit der Civilisation von Neuem aus dunklen Tiefen hervorgehoben wird — dem Racenhaß. Was der fanatisirte Lüneviller Pöbel that, ist nur die handgreifliche brutale Verwirklichung dessen, was so mancher „gebildete“ Lüneviller von heute unter der Idee des „Patriotismus“ versteht. Zum Beispiel, wenn im Winter 1870 einer der „populärsten“ deutschen Tageschriftsteller in der Leipziger Gartenlaube sich über die langen vergeblichen Gefächter der französischen Bauern lustig machte, welche beim Herannahen der Schlacht aus ihren Dörfern in die Wälder geflohen waren, um bei ihrer Rückkunft statt der heimathlichen Höfe nur noch Aschenhaufen vorzufinden, wenn ein anderer sehr „gebildeter“ Kriegsberichterstatter in der „Kölnischen Zeitung“ es beklagte, daß er nicht Schiller's Wallenstein in seinem Reisegepäck habe, um bei dem Abzuge der nächstlich brennenden Dörfer und der im rothen Fackelschein vorüberziehenden Reiterhaaren die Dichtung mit der Wirklichkeit vergleichen zu können; wenn mit patriotischem Wollustgefühl erzählt wurde, daß „unsere Jungens“ eine Anzahl Franc-tireurs von Chateaubain, nachdem ihnen bereits die Hüfte verbrannt waren, mit den Bajonetten an die Wand spießten und sie so eine Stunde lang stecken ließen — wenn alles Dies von „gebildeten“ Schriftstellern in den gelesesten deutschen Blättern erzählt wurde, als ob Das nur so zu den pikanten Einzelheiten eines jeden Krieges gehöre, so darf man sich auch nicht wundern, wenn französische Pöbelmassen zu so bestialischen Thaten schreiten, wie wir sie hier in Lüneville sehen. Es ist der schauerliche Fluch der Kriege, welcher hier in dem auflodernden Racenhaß sich zeigt, und dieser Fluch wird sicherlich nicht durch Schlachtenfeiern und Siegesfeste gemildert.“ — Wir glauben nicht, daß es für solche Dinge einen „moralischen Gesichtspunkt“ gibt. Es gilt hier nur das alte Handwerk jener Prestiturkos zu brandmarken, welche erst den Racenhaß mit allen Mitteln schüren und dann die Folgen ihres schuftigen Treibens vom „moralischen Gesichtspunkt“ aus betrachten und den Franzosen die „Rohheitsakte“, welche sie (die Prestiturkos) selbst mit allen Mitteln hervorzurufen sich bestreben, vorwerfen wollen. Treffend charakterisirt der „Beobachter“ die Folgen des Rationalhasses; wer aber in dieser Affaire den Namen Pöbel verdient, das sind weniger die Lüneviller Beihilgten, sondern die deutschen „Macher der öffentlichen Meinung“. Die sind der wahre Pöbel! Die sind das wahre Lumpenproletariat!

— Daß unseren Begnern an manchen Orten, namentlich in Sachsen, vor den nächsten Reichstagswahlen die Haut zu schauern beginnt, läßt sich aus verschiedenen Anzeichen ersehen. Auch „oben“ sieht man nicht ganz fröhlich in die Zukunft und das offizielle „Dresdener Journal“ leidet deshalb die offizielle Wahlagitator mit nachstehendem Angstschrei ein:

„Bei den in den letzten Jahren vorgekommenen Reichstags- und Landtagswahlen ist bekanntlich vielfach eine geringe Theilnahme wahrzunehmen gewesen. Insbesondere ist mehrfach bemerkt worden, daß zahlreiche, im unmittelbaren Staatsdienste stehende Angestellte an den Wahlen sich nicht betheiligten. Letzteres ist um so bedauerlicher, als die Nichttheilnahme von Personen, bei welchen ein besonderes Interesse für die Wahlhandlung vorausgesetzt werden muß, auch andere Personen in Ausübung des ihnen zustehenden Wahlrechtes lässig zu machen geeignet ist. Das königliche Ministerium des Innern hat deshalb, wie wir vernehmen, von den in Kurzem bevorstehenden Landtagsergänzungswahlen Veranlassung genommen, die Beamten seines Ressorts darauf aufmerksam zu machen, wie wünschenswerth es sei, daß sie sich, soweit sie als Stimmberechtigte betheiligten, die Ausübung des ihnen zustehenden Wahlrechtes angelegen sein lassen.“

Zu dieser lautet diese geschraubte Aueinandersehung: Der bürokratische Apparat hat bei den nächsten Reichstagswahlen mit voller Dampfkraft den Sozialdemokraten entgegenzuarbeiten. So viel wir wissen, sieht es jedem Staatsbürger frei, ob er wählen will oder nicht und es ist kein Beamter verpflichtet, solchen „Wünschen“ des Ministeriums nachzukommen. In anderen „Staaten“ ist sonst das Beamtenthum servil genug und wählt gewissenhaft und eifrig nach den Wünschen der jeweiligen Regierung; in Sachsen ist dies nicht der Fall. Das kommt eben davon, wenn so ein armer Beamter zugleich ein eifriger Reichswedler, ein Preußenverherrlicher, ein guter Mordspatriot und doch auch ein guter sächsischer Unterthan sein soll. Aus solcher Klemme helfe der Teufel heraus!

— Ein erbitterter Feind der Sozialdemokratie, Herr Karl Wartenburg in Oera, leitartikelte in seinem „Norddeutschen Wochenblatt“ über den Leipziger Vordellkrawall. Gerade weil wir wissen, daß dieser Mann entschieden auf der Seite derjenigen steht, welche das Proletariat politisch wie sozial getönet haben wollen, weil wir wissen, daß er ein Verehrer des preussischen Polizeistaates ist, glauben wir unsern Lesern nicht vorenthalten zu dürfen, was er von der Leipziger Polizei denkt. Herr Wartenburg schreibt über deren Verhalten:

„Die Polizei des Stadtraths von Leipzig, sammt Polizeidirektor Räder, war nicht im Stande die Exzesse zu verhindern, sie mußte Truppen aufbieten. . . . Noch ein einziger Exzeß und es wäre zum Feuern, vielleicht sogar zur Erklärung des Belagerungszustandes gekommen. Wir brauchen auf die traurigen Konsequenzen solcher Zustände nicht hinzuweisen. Wir fragen uns aber, war die Polizei Leipzigs in der That nicht im Stande, dem vorzubeugen? Müßte wirklich Militär requirirt werden?“

„Nein, nein!“ ruft das „liberale“ Tageblatt, unsere Polizei war nicht im Stande dies zu thun. Herr Polizeidirektor Räder hat ja nur 89 Polizeidiener, in Stuttgart hat man über 100! „Aha, also Herr Dr. Räder hatte nicht genug Polizeidiener! Wir meinen aber, die Menge der Polizeidiener thut es nicht! Denn 6000—8000 Menschen werden schließlich auch mit 100 Polizisten, selbst wenn sie Schutzmänner und Konstabler heißen, fertig.“

Haben denn aber die „liberalen“ Patrone des Tageblattes nicht darüber nachgedacht, daß die moralische Autorität eines Polizeiamtes viel wirksamer ist, als hundert Polizisten? Worauf beruht nun diese Autorität, die mit Popularität sehr gut gepaart sein kann? Auf einer gerechten, energischen, parteilosen, aber auch zeitgemäßen liberalen Anwendung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften. Darauf, daß ein Polizeiamt durch Anwendung zwar

noch formell bestehender, aber veralteter, nicht mehr zeitgemäßer, auf dem Aussterbe-Etat stehender Gesetze und Verordnungen keine Herausforderung zur Kritik giebt. Das Polizeiamt der Stadt Leipzig mit Herrn Dr. Räder an der Spitze hat aber leider nur zu sehr durch seine Ausweisungen von politisch mißliebigen Personen, wie Hoppner u. A., durch seine Verbote bezüglich der Theilnahme an den sozialistischen Kongressen u. s. w. die Kritik heraufgefordert, nicht bloß etwa die Kritik der sozialdemokratischen Presse, sondern der gesammten unabhängigen Presse Deutschlands. Derartige Kritiken dringen in das Publikum und sie haben wahrlich nicht dazu gebietet, die Autorität des Polizeiamtes zu stärken. Wir meinen, daß es daher zweckmäßig und im Interesse der Stadt Leipzig, resp. der dortigen Polizeiverhältnisse wäre, aber auch im Interesse der liberalen Partei und der liberalen Grundzüge, wenn Herr Dr. Räder in den wohlverdienten Ruhestand und ein Mann an die Spitze der dortigen Polizei treten würde, dessen Maßnahmen nicht die gesammte unabhängige deutsche Presse zu so einstimmiger Kritik herausforderten.“

Soweit Herr Wartenburg. Wemgleich wir seine Ausführungen von der „moralischen Autorität“ einer Polizei im heutigen Staat als Expektorationen eines politischen Abschüßigen bezeichnen müssen, so ist doch nicht zu unterschätzen, daß er den Rücktritt Räders verlangt. Das hat bis jetzt kein liberales Blatt gethan; alle tadelten sie öffentlich das Vorgehen Räders und freuten sich heimlich darüber. Herr Wartenburg meint freilich, Räder möge in den „wohlverdienten Ruhestand“ treten. Hat Räder durch sein Auftreten gegen unsere Partei diesen Ruhestand „wohl verdient“? Dies scheint im Grunde Herrn Wartenburg's Ueberzeugung zu sein; denn wo soll sich Räder sonst „verdient“ gemacht haben? Wir gönnen ihm übrigens von Herzen den „wohlverdienten Ruhestand“ — wenn er nur geht!

— Herr Biedermann, den es von Zeit zu Zeit juckt, mit uns anzubinden (Apropos, das neuliche Denunziations- und Transsubstantionswunder hat er für einen „unbeabsichtigten Schreibfehler“ erklärt, woraus wir die interessante Thatsache entnehmen, daß es für Herrn Biedermann auch beabsichtigte Schreibfehler gibt), hat sich wieder einmal den Spaß gemacht, aus einem anderen Blatt einige Schimpfereien auf den „Volksstaat“ abzudrucken, was freilich sicherer ist, als das Geschimpfe unter eigener Firma zu üben. Diesmal ist es die „Weserzeitung“, welche in Contribution gesetzt wird, und hat Herr Biedermann bei dieser Gelegenheit durch eine „wunderbare „Fügung Gottes“ zu einer sehr nützlichen und angenehmen Entdeckung verholfen. Der Verfasser des betreffenden Artikels, welcher uns — da wir die „Weserzeitung“ nicht lesen — ohne die Freundlichkeit des Herrn Biedermann unbekannt geblieben wäre, ist nämlich Niemand anders, als unser alter Concordiafreund „vom Mittelrhein“, der offenbar das Denunzieren des „Volksstaat“ systematisch und en gros betreibt. Seine neueste Leistung gilt dem Aufsatz über „Die deutsche Revolution 1849“ in Nr. 77 und 78 des „Volksstaat“, ein Aufsatz, der allerdings geeignet ist, schwarzweißrothen Gemüthern Bauchgrimmen zu verursachen. Aus Widerlegen denkt der Biedermann „vom Mittelrhein“ natürlich nicht — dürfte auch schwer fallen! — er will bloß denunzieren, und so denunziert er denn, ähnlich wie in dem famosen Concordiaartikel, einfach um zu denunzieren, denunziert geschäftsmäßig, sans phrase purement et simplement.“

Freund „S.“ scheint sich in seiner jetzigen Stellung nicht mehr behaglich zu fühlen, und um jeden Preis die Gunst des Herrn Stieber erlangen zu wollen. Der Replikensfonds verfügt ja über nahezu eine Million Thaler das Jahr. Jedenfalls danken wir dem Herrn Biedermann von der Pleiße, daß er uns mit diesem neuen Material über den Biedermann „am Mittelrhein“ versehen hat. Wir werden ein wachsameres Auge auf den Herrn haben.

— An die Adresse Derer, die sich gemeint fühlen! — Im 6. Bande seiner Tagebücher, Seite 30, sagt Barnhagen von Ense unterm 23. Januar 1844: „Dr. Arnold Ruge, hier nun doch ausgewiesen, hält sich in Potsdam auf. Auch Dr. Goldschieder ist ausgewiesen. Schmachvolle Behörden, so niederrücklich als tölpisch! Wird nicht endlich diese Hundstörche ihrer Strafe treffen?“

— Es war in diesem Blatt jüngst wiederholt die Rede davon, daß die deutschen Regierungen, um die Auswanderung zu verhindern, den Bewohnern die Heimath „lieb“ machen wollten. Als Nachtrag zu jenen Bemerkungen möge hier die am 16. Dezember 1858 dem deutschen Bundestage überreichte bairische Denkschrift erwähnt werden, aus welcher Bernhard Becker in seinem sehr lesenswerthen und brauchbaren Werke (dabei müssen wir es freilich dahingestellt sein lassen, ob die Beurtheilung Einzelner, wie J. Ph. Becker's und Wuttke's, durchweg richtig ist) „Die Reaktion gegen die deutsche Revolution von 1848“ nachstehenden Passus hervorhebt: „Die Auswanderung macht in einzelnen Gegenden Deutschlands empfindliche Lücken und wird unangenehm verspürt; allein im Großen und Ganzen kann sie, auch staatlich betrachtet, keineswegs als ein Nachtheil oder gar als ein Unglück angesehen werden. Durch die Auswanderung hat Deutschland Hunderttausende von Politisch-Mißvergnügten verloren.“ — Das heißt deutlich und deutsch gesprochen! Jedes Wort als Commentar könnte hier nur abschwächend wirken. —

— Die Augsburger „Allgemeine Zeitung“ theilt über die auf den Hochvertrahsprozess zu Kopenhagen erfolgte Neuorganisation der Arbeiter Nachstehendes mit:

„Nach Auflösung des „internationalen Arbeitervereins“ hat der neugegründete „demokratische Arbeiterverein“ eine große Arbeiterversammlung auf dem Stadtfelde abgehalten. Dieselbe verlief ohne jede Störung. Es wurden drei Resolutionen angenommen. Die erste derselben bezieht sich auf die verurtheilten Führer der Sozialdemokraten, welche durch das harte Urtheil, das sie betroffen, keine Schädigung ihrer Ehre in den Augen der Arbeiter erlitten haben, wohingegen alle diejenigen, welche auf verschiedene Weise dazu mitgewirkt, daß die strengste gesetzliche Strafe über die Fürsprecher der Arbeiter verhängt worden sei, sich die Verachtung dieser zugezogen. Die zweite Resolution geht darauf aus, beim König ein Begnadigungsgesuch zu Gunsten der Verurtheilten einzubringen. Das Urtheil sei unter solchen Verhältnissen gefällt worden, daß es nicht als Ausdruck der wahren Gerechtigkeit angesehen werden könne, welche die menschlichen Gesetze und die menschlichen Urtheile durchdringen müsse. Man wolle nicht diesen oder jenen Punkt in den Motiven des Urtheils zum Gegenstande der Kritik machen, sondern nur die Behauptung aussprechen, daß in den Motiven eine vollständige Verkennung der Arbeiterbewegung enthalten sei, die von den Verurtheilten geleitet worden. Durch die lange Detentionshaft, welche sie erlitten, sei aber auf jeden Fall dem Wort-

laut des Gesetzes Genüge geleistet. Die dritte Resolution befaßt, daß man in dem über die Führer gefällten Urtheil eine Aufforderung für alle Arbeiter des Landes sehe, sich fester zusammenzuschließen, um durch gegenseitige Unterstützung den Angriffen der Gegner widerstehen zu können. Ein Mittel zur Organisation dieses Zusammenschließens sei der demokratische Arbeiterverein, dessen Aufgabe es sei, über die Aufrechterhaltung des Grundgesetzes zu wachen und für die sozialen und politischen Rechte der Arbeiter zu wirken. Es werden daher alle Arbeiter im ganzen Lande dazu aufgefordert, sich dem demokratischen Arbeiterverein anzuschließen und so eine feste Arbeiterpartei zu bilden.“

Soweit das Augsburger Blatt. Vorsitzender der Versammlung war Piehl, der bekanntlich im vorigen Jahre von 6000 Mitgliedern zum Kongreß der Internationale nach dem Haag gewählt wurde. Wie wir nunmehr ersehen, sind unsere dänischen Genossen, bezüglich der Grundgesetze, anderer Ansicht als wir, was uns indessen nicht hindern kann, unsere Solidarität mit den Kopenhagener Verurtheilten, sowie mit den dänischen Arbeitern hier neuerdings zu erklären.

— Die Dummen werden nicht alle. Der Italienische Minister des Innern hat an die Präfekten des Königreichs Italien ein Rundschreiben erlassen, in welchem er sie auffordert, „durch kluge Vorkehrungsmaßregeln und behutsames Eingreifen allen Anlässen zu Arbeitseinstellungen womöglich vorzubeugen“ wenn aber solche dennoch ausbrechen sollten, „energisch für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen.“ Die meisten Arbeitseinstellungen, befehrt der Hr. Minister seine Untergebenen, seien „Grundgebungen der Umsturzpartei“, und: „es bestätigt sich, daß der Hauptzweck des diesjährigen Kongresses der Internationalen gerade darin besteht, eine allgemeine Arbeitseinstellung in allen Fabriken zu Stande zu bringen, wo die gefährliche Gesellschaft Wurzel gefaßt hat.“ Der Mann, der dieses geschrieben, heißt Cantelli, und schlagen wir ihn hiermit zum Ehrenbürger von Leipzig vor. Herr Räder wird unsern Vorschlag gewiß unterstützen. —

— Ueber den Antheil der spanischen Arbeiter an den revolutionären Vorgängen entnehmen wir einigen im „Mirabeau“ von Berviers befindlichen Correspondenzen aus Spanien Folgendes: „Nur auf zwei Punkten, wird aus Madrid unterm 4. August geschrieben, nur auf zwei Punkten hat die Internationale (d. h. die Bakunisten) thätig in die Bewegung eingegriffen, in Alcoy und in San Lucar de Barrameda. (Folgen die unsern Lesern bekannten Details) — Das sind die beiden einzigen Föderationen der Internationalen, welche auf eigene Faust eine Bewegung gegen die bestehende Ordnung der Dinge versucht haben. In allen übrigen Orten, in Cartagena, Valencia, Sevilla, Granada u. s. w. ging die Schilderhebung nicht von sozialdemokratischen Arbeitern, sondern von militärischen und politischen Führern aus, welche den Gedanken der kantonalen und municipalen (Gemeinde-) Selbstständigkeit im Interesse ihres persönlichen Ehrgeizes auszudehnen beabsichtigten. Das Circular des Generals Contreras an die auswärtigen Mächte und die Thatsache, daß die Aufständischen von Cartagena eine offizielle Regierung im Gegensatz zu der Madrider Regierung zu errichten für nothwendig befunden haben, kennzeichnet diese Bewegung hinlänglich. Die provinziellen Aufstände — ich erkläre es wiederholt, sind nicht das Werk der Internationalen; an vielen Orten sind sie sogar gegen die Internationale gemacht worden, und haben sich die Führer den Arbeitern ebenso feindlich gezeigt, wie die Regierung von Madrid. Das gilt unterm Andern von Cartagena (Canton Murcia). In einigen Orten haben die Arbeiter aber die Bewegung, obgleich dieselbe nicht von ihnen begonnen worden, doch unterstützen zu müssen geglaubt. In Valencia z. B. ist dies der Fall gewesen. Hier hatte die Madrider Regierung mehrere Mitglieder unserer Assoziation verhaften lassen. Da das Gelingen des Aufstands diesen Verfolgungen ein Ziel gesetzt hatte, so warf sich die zahlreiche Föderation von Valencia mit Begeisterung in die Insurrektion; und als die Intransigenten (die sich auf keine Transaktion, keine Vermittlung, keinen Compromiß einlassenden — bekanntlich Beinamen der sozialistischen Republikaner) den Ruch verloren und das Feld räumen wollten, führten die Arbeiter allein den Kampf fort, bis sie der Uebermacht erlagen.“ Aus Alcoy schreibt dem „Mirabeau“ „Ein Insurgent von Alcoy“: „Da die Bourgeois sich einbilden, die Internationale habe die kantonalistische Bewegung angezettelt, so werden sich wahrscheinlich die Verfolgungen gegen uns in nächster Zeit noch steigern. Wie Sie unzweifelhaft wissen, haben die Intransigenten die Initiative ergriffen; aber in einigen Städten, z. B. in Valencia, Granada, Malaga, Sevilla u. s. w. scheinen die Internationalen sich aktiv betheiligte zu haben. Wir können es indess nicht mit Gewißheit behaupten, weil es uns bis zu diesem Moment (das Datum des Briefs ist nicht gegeben) an direkten Nachrichten fehlte. Alles was wir mit Bestimmtheit wissen, ist, daß es in Sevilla 200 Internationale waren, die sich am längsten vertheidigt haben; sie schlugen sich wie die Löwen. — „Ich habe kaum nöthig Ihnen zu sagen, daß die Internationalen, welche an der Erhebung Theil genommen haben, dies aus eigenem Antriebe thaten, und daß keine vorherige Berathredung getroffen, kein gemeinsamer Plan entworfen war. Andernfalls wäre es nicht möglich, daß die Internationalen an Einem Orte kämpften und am anderen mit gekrenzten Armen dastanden. Ich glaube jedoch nicht, daß Alles verloren ist. Im Gegentheil, unsere Hoffnungen sind größer als jemals. Der revolutionäre Gedanke macht von Tag zu Tag reifere Fortschritte, und das Geschick wird uns zur Lehre dienen, daß wir unsere Organisation besiegeln und uns auf den bevorstehenden Kampf besser vorbereiten müssen.“

So der „Insurgent von Alcoy“. Wenn sich die spanischen „Internationalen“ das „Geschickene“ wirklich „zur Lehre dienen“ lassen, werden sie ihre ganze „Organisation“, die in Wahrheit nur eine Desorganisation der Arbeiter ist, mit sammt dem Plunder von Anarchie, Liquidations- und sonstigen Phrasen, über Bord werfen und nicht länger ihr Heil in einem Sonderbund suchen, der ihnen das gebracht hat, was ihnen vorausgesagt wurde: Niederlagen — Klügel, selbstverschuldete Niederlagen! —

Mit der Sauerer-Garten-Zeit ist auch die „Fusion“ zu Ende gekommen. Die Confusionsräthe, die wochenlang über Fusion kammere gieserten, müssen sich nun nach anderem Stoff umsehen. —

— Von Herrn Advokat Otto Freytag in Leipzig sind wir ermächtigt zu erklären, daß das radikal-demokratische Wahlkomitee in Dresden ihn als Candidaten für den Reichstag angestellt hat, ohne seine Zustimmung einzuholen, und daß er daher diese Candidatur ablehnt.

\*) Ohne Phrase, rein und zweifelsohne.

# Gewerkschaftliches.

## Internationale Metallarbeitergewerkschaft.

**Chemnitz, 5. September.** Den Mitgliedern benannter Gewerkschaft diene zur Kenntnis, daß die Krankentafelstatuten in kurzer Zeit im Druck erscheinen, und fordern wir deshalb auf, die Mittheilung an und gelangen zu lassen, wieviel an den verschiedenen Orten gebraucht werden, damit die Zusendung keine Verzögerung erleide, sowie mit den Statuten werden auch die bez. Reverse und Formulare zur Ausfüllung gleichfalls versendet werden.

Die neuen Statuten der Gewerkschaft liegen gleichfalls zum Druck bereit und werden nach Fertigstellung sogleich versendet. Zugleich ergeht auch an diejenigen Orte, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, die Aufforderung, ihren Pflichten nachzukommen, widrigenfalls dieselben im „Vollstaats“ gemahnt werden.

Zum Schluß fordern wir noch zum allseitigen Abonnement auf den „Vollstaats“ auf, um sich mit allen gewerkschaftlichen Angelegenheiten tüchtig vertraut zu machen.

Für den Ausschuß:  
Rich. E. J. Wolf, Lindenstraße 8.

## Verband für Buchbinder.

**Leipzig, 8. September.** Collegen! Da vom 1. Oktober unser eigenes Organ, die „Allgemeine Buchbinderzeitung“ erscheint, ersuchen wir Euch zunächst, dem Ausschuß alle Adressen von Kollegen des In- und Auslandes mitzutheilen, um dem Organ eine Verbreitung zu sichern, so auch dadurch die Vereinigung aller Collegenkreise anzubahnen. Wir erwarten ferner von Euch, daß Ihr unser jetziges Organ, den „Vollstaats“, welcher uns seine Spalten zwei Jahre lang zur Verfügung stellte, auch in Zukunft recht zahlreich lesen werdet; nicht nur weil wir dem „Vollstaats“ Dank schulden, sondern auch weil unser eigenes Organ den „Vollstaats“ nicht völlig ersetzen kann. Viele werden den „Vollstaats“ aus Bedürfnis lesen und erwarten wir, daß alle Vereine denselben in ihren Versammlungen auch fernerhin auflegen werden, um die Arbeiterbewegung im Großen und Ganzen nicht aus den Augen zu verlieren.

Dem Verbands sind ferner beigetreten folgende Vereine: Berlin: Adresse des Vorf. H. Peter, Brangelstraße 69, 2. Lübeck: A. Kramer, Alten Schranken 101. Braunschweig: Robert Nieß, Höhe 8.

## Correspondenzen.

**Leipzig, 8. September.** Auf die schlichtenverherrlichende Sedanfeier der Nordpatrioten folgte am Sonnabend den 6. d. M. eine seitens der „Baterlandvolker“ in den Räumen der Tonhalle veranstaltete „Gedenkfeier für die 1870—71 gefallenen Söhne des Volkes“. Wie sonst bildeten Musik, Gesang, Deklamation und Festspreche das Programm. Die Festspreche hielt Bahstsch aus Chemnitz. Anknüpfend an das zum Vortrage gebrachte freiwilligliche Gedicht: „Die Schlacht am Birkenbaum“ gedachte der Festsprecher der vielen Opfer, die in den Kämpfen 1870—71 das Volk gebracht habe für eine ihm ganz fremde Sache. Zur Befestigung und Erweiterung der Fürstenthümer seien die Völker aufeinander gehetzt worden, und abermals hätten die Nachbarn triumphierend sagen können, „unsere“ Völker haben sich brav geschlagen für „Gott, König und Vaterland.“ Aber noch sei die von dem Sänger mit prophetischem Munde verkündete letzte Schlacht nicht geschlagen worden, die Schlacht der Civilisation und der Barbarei. Wenn der Sieg in dieser letzten entscheidenden Schlacht zufallen werde, das sei nicht zweifelhaft; die Civilisation sei es, die siegen würde über die Barbarei.

Es ist wohl überflüssig, zu sagen, daß die hier nur im Gedankengange angekündete Rede allseitigen Beifall fand. — Der Massengesang des Liedes: „Es tönt ein Ruf von Land zu Land“ endete die Gedenkfeier.

**Dresden, 6. Sept.** Offener Brief an Herrn Grottkau, Präsident des Allgemeinen deutschen Maurervereins. Berlin.

Zunächst meinen Dank für die Uebersendung des Protokolls vom Congreß der Maurer und Steinbauer zu Berlin. Noch nie hatte ich die Gelegenheit, mich über Ihre Ansichten so zu orientieren, als gerade durch dieses Protokoll; da findet man, von welchem Kostengestis Sie besangen, mit welcher Hinterlist Sie die Arbeiter zu zersplittern und von ihren Bestrebungen zurückzuhalten suchen, soweit sie gefonnen sind, international sich zu verbinden, soweit sie gefonnen, in Gewerkschaften sich politisch zu bilden. Ich verweise Sie auf die Zuschriften der internationalen Vereine der Maurer und Steinbauer sowie Handarbeiter in Italien an Ihren Congreß. Man sollte glauben, Sie würden sofort zu der Einsicht gelangt sein, daß unter den heutigen staatlichen Verhältnissen, ohne daß wir international seien, die soziale Lage nicht im mindesten verbessert werden kann; Sie finden es aber für besser, höhnisch von der Tribüne zu verkünden, daß Sie sich freuen, daß man auch im Auslande zur Emancipation der Arbeiter schreitet und bieten den Kollegen Italiens sowie Spaniens nur die Correspondenz an, trotzdem Sie aus den Zuschriften entnehmen müssen, daß man in Italien sowie Spanien weiter vorgegangen ist als Sie, geehrter Herr Grottkau es in Berlin sind. Welches Gefühl mag Sie wohl beschließen haben, als Sie in dem von Bologna zugesendeten Schreiben lasen: „Wir ermuntern Euch von jenen doctrinären, bürgerlichen, den Arbeitern am meisten verderblichen Ideen der Bismarck und der Kangauch loszumachen u. s. w. u. s. w.“ — Von Schaam oder Charakter kann aber bei Ihnen die Rede nicht mehr sein, sonst würden Sie nicht die Artikel des „Vollstaats“ aus Nr. 31 aus Köln vom 31. März d. J., sowie aus Nr. 32 aus Bremerhafen vom 22. März und ferner den Artikel aus Nr. 33 von München auf so eine herabwürdigende Weise in Ihrem Congreß erläutert resp. den „Vollstaats“ als ein Nicht-Arbeiterblatt hingestellt haben. Hätten Sie lieber eine nähere Discussion über Ihr Organ, den „Neuen“ eröffnen lassen, so würde sich's herausgestellt haben, welches das beste Arbeiterblatt ist, ich verweise Sie auf Seite 110 des Protokolls Ihres Congresses, auf die Reden des Herrn Finl, Sieling und Hoffmann, sowie an Ihre eigene Aussage. Wir, die Internationalen können vom „Vollstaats“ eine derartige Behauptung nicht thun (trotz Ihrer Verleumdung), wir sind in der Lage, Ihnen mitzutheilen, daß der „Vollstaats“ die Interessen der Arbeiter bis jetzt nach jeder Richtung hin vertreten hat und auch vertreten wird, natürlich nicht im Bismarck'schen Sinne, wie es der „Neue“ thut. Vorläufig genügt, vielleicht bietet sich Gelegenheit, Ihnen geehrter Herr Grottkau später etwas mehr zu offenbaren. Ernst Knof.

**Chemnitz, 4. September.** Während die Junker und Bourgeois zur Verherrlichung der barbarischen Massentödtung Feste begehen, feiern die Arbeiter die allgemeine Verbrüderung. Gibt es einen Contrast, der schlagender dafür spricht, daß die Arbeiterklasse es ist, die die civilisatorische Idee vertritt? So berichtet die „Chemnitzer Freie Presse“ über ein Arbeiterverbrüderungsfest, das hier an dem Sedantage im Elysium abgehalten wurde. Das Fest erfreute sich einer so zahlreichen Theilnahme, daß am Abend die Besucher in den Saalräumen nicht alle Unterkommen finden konnten. Im Garten fand Concert, Gesang und Festspreche statt; letztere wurde von dem zufällig anwesenden Parteigenossen Edstein aus Waldheim gehalten, der sich seiner Aufgabe zu allgemeiner Befriedigung entledigte. Im Saale gab es ebenfalls Reden, Deklamationen und Gesang in bunter Abwechslung. Selbstverständlich gestaltete sich das Ganze zu einer Anti-Sedanfeier, auf deren Verlauf wir stolz sein können; es ist damit der Beweis geliefert worden, daß ein beträchtlicher Theil der Bevölkerung sich von den aus öffentlichen Mitteln veranstalteten Festlichkeiten abwandte, und auf diese Weise erklärte: Wir wollen Nichts gemein haben mit einem Siegesjubiläum; eurer Fahne folgen wir nicht, hier ist die unsrige! Und wahrlich, Niemand braucht sich dieser Fahne zu schämen, denn es ist die der Liebe und Gerechtigkeit.

**Chemnitz, 4. Sept.** Da von mehreren Orten Sachsens bereits Zuschriften anher gelangten, betreffs baldiger Abhaltung einer Landesversammlung, und von den Metallarbeitern zu Crimmitschau und den Schuhmachern von Limbach Chemnitz als Ort der Abhaltung vorgeschlagen wurde, ergeht vor Allem an sämtliche Gewerkschaftsmitglieder Sachsens das Ersuchen, wo verschiedene Branchen an einem Orte bestehen, sich baldigst aneinanderzuschließen, um dann gemeinsam ihre Ansichten laut werden zu lassen. Die Wichtigkeit dieses Schrittes wird wohl nicht erst einer weitern Erklärung bedürfen, und erwarten wir, daß sämtliche Mitglieder der Gewerkschaften in Sachsen ungesäumt auf eine Verständigung hinarbeiten und sehen wir recht baldiger Nachricht entgegen.

Dasselbe gilt auch für sämtliche Mitglieder außerhalb Sachsens, und ist es Pflicht jedes Einzelnen, auf eine Vereinigung hinzuwirken, da eine Vereinigung von innen heraus die besten Garantien ihres Bestandes bietet.

Den Mitgliedern sämtlicher Gewerkschaften entbieten ihren Gruß und erwarten ihre Zustimmung

Die vereinigten Gewerkschaftsmitglieder von Chemnitz.

J. A. Rich. E. J. Wolf, Lindenstraße 8.

**Crimmitschau.** Welchen Werth die persönliche Freiheit im großen deutschen Reich hat, das zeigt folgender Vorfall: Bei einem Krawalle und nachfolgender Arretur ging, unbekannt des weitern Vorganges, ein Bürger (Carl Müller) des deutschen Reichs denselben Weg, um nach Hause zu gelangen. Da aber die Polizei in demselben einen Internationalen witterte, wurde demselben dieser Weg verboten; da derselbe jedoch nicht einsehen konnte, durch das Begehen dieser Straße einen Aufbruch hervorzurufen, ging derselbe ruhig nach seiner Wohnung. Müller wurde jedoch nichtbefremdet von dem Wachtmeister als Aufwiegler angezeigt, einige Zeit später von dem Gerichtsdienner von der Arbeit abgeholt und des andern Tags geschlossen nach Zwickau transportirt. Nach achtzigtägiger Haft wurde derselbe straf- und kostenfrei gesprochen. Das Vaterland war auf Kosten einer achtzigtägigen Freiheitsberaubung glücklich gerettet!

**Schneeberg, 6. Sept.** Der Unterzeichnete zeigt hierdurch an, daß sich unter heutigem Tage die Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Arbeiterpartei hierorts aufgelöst hat. Zu unserm Bedauern haben wir jetzt erst erfahren, daß an unserer Sache ein Formfehler war, und es ist unmöglich, in dieser Weise fortzubestehen, indem wir keine Versammlungen halten dürfen, und uns schon zwei Mal von der Polizei untersagt worden, mithin sich auch die Zahl der Mitglieder nicht mehr kann. Der Auflösung folgt sofort Gründung eines Arbeitervereins, wo uns schon im Voraus starker Zuwachs gesichert ist.

Noch muß ich bemerken, daß obiger Anzeige zufolge sich auch meine Funktion, sowie die des Revisoren (einer ist vor einem Monat ausgetreten), erledigt hat.

Mit sozialdemokratischem Gruß:

Richard Kögel.

**Freiberg.** Die kürzlich erfolgte Wahl eines Vertrauensmannes der hiesigen sozialdemokratischen Arbeiterpartei fiel auf Friedrich August Zimmer. Wohnhaft: Neuhäuser Bahnhofstraße Nr. 17.

**Borna, 30. Aug.** Auf eine Agitation ganz eigenthümlicher Art wurde ich leghin aufmerksam. Es fielen mir nämlich ein paar Schriftchen in die Hände, die sich bei näherer Besichtigung als Traktätchen der Wupperthaler Traktatgesellschaft herausstellten, in Barmen bei J. F. Steinhaus gedruckt waren und den Titel trugen: „Aus dem Frauenleben“ und „Bilder aus dem Arbeiterleben.“

Die schwarzen Herren machen Propaganda für das Himmelreich. Sie wollen wahrscheinlich den Sozialdemokraten entgegenwirken, die sich in ihre gläubige Heerde wie reichende Wölfe eingeschlichen haben. Die Herren haben allerdings sehr nöthig, auf die Seelensfischei auszugeben, da heutzutage in Frömmigkeit gar nicht so viel mehr gemacht wird. Das haben sie auch sehr richtig anerkannt und bearbeiten deshalb mit ihren Traktätchen schon die jugendlichen Gemüther. Unter dem Traktatverzeichnis ist wenigstens zu lesen: „Rinbertraktate in großer Auswahl.“ Ich will dem Leser gleich mit ein Register solcher Erbauungsschriften geben: „Himmliches Vergnügen in Gott; Dungan's Pilgerreise zur seligen Ewigkeit; Harfenlöwe; Südenes Kleinod“ u. s. w.

Die geistreich diese Schriften geschrieben sind, kann man aus Folgendem ersehen. In den „Bildern aus dem Arbeiterleben“ heißt es nämlich zu Anfang: „Der Fabrikarbeiter ist nicht darum unglücklich, weil er in die Fabrik geht. Nein, nur die Sünde ist der Menschen Verderben.“ Dann werden in lieblichen Zügen die Segnungen dargestellt, welche das Fabrikwesen gebracht hat, es heißt: „Die Fabrikindustrie hat aus manchem armen Hause die Armut verdrängt“ (ja, indem sie die Besitzer dieser Häuser verdrängte); „die mit der Fabrikindustrie verbundenen Sparassen, Krankentafeln, Wittwen-, Waisen- und Altersklassen haben bei vielen Leuten einen vorsorgenden Sinn erweckt“ (die Vorsorge ist auf Seite der Fabrikherren, indem sie die Beiträge zu diesen Klassen gleich vom Lohne abziehen); „es giebt brave Fabrikarbeiterfamilien, die ihr eigenes Haus (!), ihren eigenen Garten (!), ihre reichen (!) Ersparnisse (!) haben.“ (Wo giebt es solche?)

Die Leser werden an diesem Proben genug haben. Diese Traktätchen sind offenbar darauf berechnet, die Arbeiter mit ihrem Poofe zufriedenzustellen, so daß die schlimmen Sozialdemokraten nichts ausdrücken. Namentlich auf die Frauen haben es die Herren abgesehen (die Pfaffen sind von jeder den Weibern nicht abhold gewesen); sie suchen das weibliche Gemüth zu bearbeiten, denn sie glauben, daß, wenn sie erst die Frauen für sich haben, die Männer dann leicht zu kriegen sein werden. Leider macht das deutsche Pantoffel-Rickelthum diese Art von Agitation gewöhnlich

erfolgreich. Ich wage daher alle Arbeiter, sich die oben bezeichneten Traktätchen aufhängen zu lassen; es wäre trotz des billigen Preises jener Saucigen Geldverschwendung. Solche Traktätchen werden von herumziehenden Krüppeln zum Verkaufe angeboten, und einem förmlich aufgedrängt; die unglücklichen Menschen rühren gewöhnlich unser mitleidiges Herz, so daß wir ihnen ihren Schund abnehmen.

Ich gebe, damit die Parteigenossen diese Produkte verbrannter Mudergerichte gleich erkennen, ihren Siebdruck.

Name: Traktat oder Traktätchen. Stand: Mader. Religion: Protestant. Eltern: Wupperthaler Traktatgesellschaft und die Firma J. F. Steinhaus. Geburtsort: Barmen. Alter: Dem Inhalte nach mindestens 300 Jahre alt; dem Stile nach von Adams Zeiten her; im Uebrigen der neuesten Zeit angehörig. Besondere Kennzeichen: Format für die Seitentasche des Rodos, ungefähr 20—30 gedruckte Seiten, Preis ein sehr geringer, Umschlag gewöhnlich mit einem frommen Bildchen.

**Berlin.** Die „Vollstaatszeitung“ bringt über die Resultate welche bei der Berlin-Anhalter Bahn durch das „Partnership-System“ erzielt, nachstehendes köstliche Register:

„Die Berlin-Anhalter Bahn gewährt im eigenen wohlverkauften Interesse nur ihrem Lokomotivpersonal als ein Art Gewinnantheil eine Kohlen- und Delprämie für erspartes Material, dagegen keiner anderen Beamtencategorie irgend welchen Antheil an Reinertrage oder dergl. Nachdem im vorigen Jahre unter dem Berliner Beamten in Folge der enormen Miethsteigerungen sich eine Agitation zur Erlangung einer Miethszulage geregt hatte, bewilligte, wie von uns bereits früher erwähnt, der Verwaltungsrath zu diesem Behufe, und zwar entgegen den höher gerichteten Anträgen der Direktion die Summe von nur 30,000 Thlr. als einmalige Remuneration. Diese Bewilligung fand statt im Februar d. J. und jetzt nun endlich soll dieser Betrag zur Vertheilung kommen. Es sollen danach erhalten 50 Thlr. die Beamten in Berlin mit einem Einkommen von 600 Thlrn. und darüber; 40 Thlr. die Beamten in Berlin mit einem Einkommen von 500 bis 600 Thlr. efl. und die Beamten in Halle und Leipzig mit einem Einkommen von 600 Thlr. und darüber; 30 Thlr. die Beamten in Berlin mit einem geringeren Einkommen als 500 Thlr. und die Beamten in Halle und Leipzig mit einem Einkommen von 500 bis 600 Thlr. efl.; 20 Thlr. die Beamten in Halle und Leipzig mit einem geringeren Einkommen als 500 Thlr., sowie alle Beamten auf den übrigen Stationen, sowie die Zug- und Lokomotivführer; 15 Thlr. die Feuerleute, Packmeister, Schaffner, Bremser und Tenderwärter; 10 Thlr. die Weichensteller; 9 Thlr. die Bahn- und Reservewärter; 8 Thlr. die angestellten Arbeiter, Weichensteller und Bahnwärter-Vertreter und die Wagenschlepper, welche als Beamte angestellt sind. — Schließlich wollen wir noch konstatiren, daß für jedes Prozent, das als Dividende zur Vertheilung an die Aktionäre gelangt, 100,000 Thlr. nöthig sind. Die für das vorige Jahr vertheilte Dividende betrug bekanntlich 17 Prozent, mithin ist für die Beamten noch nicht einmal ein Drittel Prozent des Reinertrages als einmalige Remuneration abgefallen!“

Wir brauchen hier Nichts hinzuzufügen; ein Bourgeoisblatt von reinem Wasser verdammt hier das Partnership-System, wo der Löwenantheil nur unter anderem Namen, sonst aber genau so wie anderwärts von den beteiligten Großkapitalisten eingestieft wird. Die Sache ist einfach die, daß den Beamten, den Arbeitern bei der betreffenden Bahn, zu ihrem künftigen Gehalt noch nicht ganz ein „1/3“ des „Mehrertheils“, des Theils des Reinertrages, den der Kapitalist sich aneignet, hinzugefügt wird und zwar kommen die geplagtesten Arbeiter, Bahnwärter, Weichensteller u. s. w. am schlechtesten weg, indem diese gerade die geringsten „Gewinnantheile“, die erbärmliche Summe von 8 oder 9 Thalern erhalten. Das sogenannte Partnership-System ist eine Heuchelei, welche die Ausbeutung der arbeitenden Klasse dem Leiden nicht allzuharten Auge der Massen gänzlich unsichtbar machen soll. Es ist nur gut, daß köstliche Summen durch schöne Worte nicht wachsen und wenn sogar die „Vollstaatszeitung“ in blindem Herumtappen endlich einmal dies gefunden hat, so läßt sich auch hoffen, daß sich die Arbeiter von dem Partnership-System, das ja so mancher Bourgeois als den Welttheil hinstellt, nicht betören lassen.

**Berlin, 5. September.** Seitens des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins wird ein großes Geschrei über unsern, die Wahlen betreffenden Beschluß erhoben, wobei sich der „Neue Sozialdemokrat“ eine kleine Fälschung nicht verkagen zu dürfen glaubt. Unterzeichnete möchte den Herren ihren eigenen Beschluß vorhalten, laut dem der Allgemeine deutsche Arbeiterverein erst „bei engeren Wahlen nur mit den in politischer Beziehung radikalsten Parteien zu stimmen hat“ u. s. Siehe Protokoll Seite 41 und zu dessen Erläuterung Herr Hasselmann Seite 69 bemerkt: „Der Vorstandsbeschluß lege keinem einen Zwang auf für einen Ehrlichen zu stimmen, er verhindere aber, einem Conservativen u. die Stimme zu geben“ und weiter „abrigens nützen uns die Eisenacher im Reichstage nichts, suchten uns auch dort nur zu schaden.“ Das ist sehr deutlich. Und dem gegenüber sollten wir wohl unsern Mitgliedern zumuthen mit den Herren Compromisse einzugehen oder einen ähnlichen Beschluß fassen, der entweder launmüßig dumm wäre oder einer ähnlich jesuitischen Auffassung bedürfte. Beides liegt uns fern. Wie die Verhältnisse nun einmal liegen, ist es am besten wir gehen getrennt zur Wahl, an eine sozialistische Majorität ist doch diesmal noch nicht zu denken, während die Wahl von Vertretern beider Richtungen gesichert scheint. Eduard Bernstein.

**Mainz, 4. Sept.** Eine große Volksversammlung fand Mittwoch Abend in der „Schützenhalle“ statt. Dieselbe war äußerst zahlreich besucht. Die Anwesenden waren dicht Kopf an Kopf gedrängt. Selbst die Vorhallen waren angefüllt. In's Bureau wurden gewählt: Leyendecker als Vorsitzender, Ulrich als dessen Stellvertreter, Schaudt zum Schriftführer. Auf der Tagesordnung stand: „Sedanfeier, Nordpatriotenthum“, über welchen Gegenstand Dr. Walfert aus Dresden referirte. Der Redner gab zunächst einen geschichtlichen Rückblick vom Jahre 1848—1870. 1866 hatte Preußen Frankreich dadurch beschwichtigt, daß es sagte: Es wolle nur einen Nordbund herstellen, die süddeutschen Staaten sollten einen Bund mit Oesterreich herstellen können, so werde das Gleichgewicht erhalten. Doch alsbald habe Preußen sein Verhalten geändert. Es mußte immer was annehmen. Um mit Frankreich kämpfen zu können, mußte in den süddeutschen Staaten der Patriotismus gegen den Erbfeind erweckt werden. Deshalb tauchte die hohenzoller'sche Candidatur auf und fühlte sich der König Wilhelm beleidigt. Ueberall wurde „die Wacht am Rhein“ gesungen. Frankreich sei der Störenfried, schrieen alle Nationalliberalen. Nun wurde Frankreich in der Schlacht von Sedan niedergeworfen. Aber welchen Vortheil haben wir? Keinen. Lebensmittel haben sich ungeheuer verteuert, der Aktien-, Börsen- und Guldenschwindel blüht. Wenn die Nationalliberalen Feste feiern, wissen sie schon, warum sie es thun. Solch eine Gelegenheit, wie beim letzten Kriege, als man Geld brauchte,

und 100 Tblr. Staatspapiere für 88 Tblr. gab, findet sich nicht alle Tage, ebenso die Lieferungen. Vor jedem Kriege habe man gesagt, man müßte rüsten, der Feind stehe vor den Thoren, und nach jedem Kriege wurden die Rüstkassen immer größer, der Mißstand immer höher. Wo das hinaus soll, weiß man nicht. Er hoffe vom Arbeiterstand, daß er sich gegen das Nordpatrientum wenden werde. Redner forderte zum Schluß noch die Anwesenden auf, in die sozialdemokratische Partei einzutreten. Der Redner wurde während seines Vortrages öfters durch lauten Beifall unterbrochen, nach Beendigung desselben folgte ein rauschender Beifall. An der Debatte beteiligten sich noch Kapfer, Birfas und Leyendecker, und wurden die Reden beifällig aufgenommen. In gehobener Stimmung verließ das zahlreich anwesende arbeitende Volk die Versammlung.

(„Süddeutsche. Volksstimme.“)

**Mainz, 2. Septbr.** (Sedantag. Reichstagswahlaufrichter). „Unbeschränkter Credit.“ So lautet der geschäftsordnungswidrige Beschluß (wegen ungenügender Stimmzahl) unsers Stadtrathes, zur würdigen Feier des 2. September, der Feier unserer „Unabhängigkeit“ (der. Vank- und Immobilitätsgesellschaft, Herrn Direktors Gemeinderathes). Und siehe da: der Tag, er ist herrlich, idyllisch. Pulver hört man knallen, Gloden wimmern, und von Flaggenhymnen, schwarz-weiß-rothen natürlich, zuerst zu erschauen bei den protestantischen Predigern (den Predigern der „nationalen Menschenliebe), alsdann bei allen Gemeinderäthen, soviel ich weiß, bei 19 davon gewiß, darunter einer („der Bruder“ des allererhabenen) mit 7 Stüd auf einmal. Dann auf den Staatsgebäuden, der Rheinbrücke die schwarz-roth-weißen Einheitszeichen; auf Militärgebäuden die unvermeidlichen Schwarz-Weißen. (Pantum, damit der Athem ruht.) Und wieder dann die Vank- und ähnlichen Institute, die Aktienbrauerei Gebäude (4-4<sup>1/2</sup>), die Etablissements der Ludwigsbahn, ihre Brücke und Dampfboote; die Häuser der Rentiers, so deren erste Bürgerpflicht Ruhe ist, so lange nicht von oben herab Pulver und Blei Parole wird; diejenigen der Großindustriellen und deren, die es werden wollen, nicht minder die Häuser der Conditoreien und Carrossen-Fabrikanten und anderer Lieferanten, ebenfalls die der Hoteliers und Barbiers und anderer Epiciers; mit einem Wort, sie alle, die Häuser „der Pfeiler der Gesellschaft“, sie waren geslaggt mit schwarz-weiß-roth und loyalroth-weiß, wie es die Stunde der Feier gebot. In Summa: so lächerlich eingebrochen ist dies nationale Freudenfest der 19 Nähe und ihrer Verehrer und Sympathisanten, daß ich eigentlich aus Rücksicht hätte schweigen sollen; da um so mehr jene sich sagen können: „Einbruch, Einbruch“ für heute und Einbruch auch wahrscheinlich bei der nächsten Reichstagswahl. Bersteht unsere „Volksstimme“ nun ihre Aufgabe recht, so ist ihre Existenz gesichert, und Jacobs statt Bamberger so gut wie gewählt.

**Stuttgart.** Während hier die Patrioten zur Feier des blutigen Tages von Sedan vom Kirchthurm: „Womit soll ich Dich wohl loben?“ herabblasen ließen, war in dem Saal des Dessner'schen Lokals eine Volksversammlung einberufen, die so zahlreich besucht wurde, daß Hunderte von Personen wieder umkehren mußten, eine glänzende Rechtfertigung für die „Handvoll Schreiber“, wie die hiesigen Maßbürger unsere Mitgliedschaft zu nennen beliebten. Morlok und Burdhardt referirten über die „Sedantag“ und wurde nachstehende Resolution einstimmig (nach Gegenprobe) angenommen: „Die im Dessner'schen Saal anwesende aufs zahlreichste besuchte Volksversammlung, spricht ihr tiefstes Mißfallen aus, sowohl über die von der Mehrzahl der Mitglieder der bürgerlichen Behörden beschlossene Feier in Kirche und Schule, als auch über die von denselben mit Selbstaufgabe verknüpfte beliebte öffentliche Feier eines Tages, an dem Tausende von Menschenleben der zwei gebildetsten Nationen Europas geopfert wurden. Sie ist vielmehr der Ansicht, daß jede Nationalfeier schädlich ist, weil durch derartige Anlässe alte Wunden wieder aufgerissen, der Nationalstolz aufs Neue geschürt und dadurch der Keim zu neuen Herausforderungen und neuen Kriegen gelegt wird, während es doch die Aufgabe der civilisirten sein wollenen Völker Europas sein sollte, zu ihrem eigenen Heile an der Besserung der jetzigen ungerechten, sozialen und politischen Verhältnisse zu arbeiten.“ Bitte ließen sich in die Partei einzeichnen. Die Versammlung war ein glänzender Beweis des gefunden Sinnes der hiesigen Arbeiterbevölkerung.

**Gmünd.** Der kürzlich herausgegebene 31. Rechenschaftsbericht der hiesigen Reichsgeld-Anstalt (Sterbelasse) zeigt recht deutlich, wie die „Schwarzen Herren“ (an der Spitze ein katolischer Kaplan) das „Theilen“ verstehen. Voran stehen die Einnahmen an Beiträgen der Mitglieder in der Höhe von 2599 fl. 19 kr., zwischen stehen die „Ausgaben insgesamt“ mit 3024 fl. 18 kr., und ganz unten, unter der Rubrik „Stattisches“, folgen die eigentlichen Ausgaben, die bei 73 Sterbefällen 2465 fl. betragen. Subtrahiren (abrechnen) wir nun die Ausgaben für Sterbefälle von den insgesamtausgaben, so bleibt die respectabile Summe von 559 fl. 18 kr. übrig, welche wahrscheinlich Verwaltungskosten sind. Es liegt nun auf flacher Hand, daß selbst nach Abzug des Dienergehalts u. dgl. noch ein nettes Sümmlchen für die „vielen Wägen“ (alle zwei Jahre wird eine Versammlung abgehalten) zum Vertheilen übrig bleibt. Wir könnten über das Gedahren dieser Herren am Bierisch und auf der Kanzel gegen uns Sozialisten noch mancherlei sagen, allein wo Zahlen so vernünftig reden, da wollen wir schweigen. 559 fl. 18 kr., also der flinke Theil der Mitgliederbeiträge, wird ver-waltungsausgabe.

**München, 8. Sept.** An die Klempergehilfen Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz! Die Delegirten zum Kongresse der Klempergehilfen haben sich mit einem Mandate, worin Name, Stand, Ort des Vereins, sowie Angabe der Mitgliederzahl enthalten ist, zu versehen. Mit sozialdemokratischem Gruß

J. Kistner.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Aufnahme dieses Aufsatzes ersucht.

**Cremnau, 25. Aug.** Aus einem längeren „königlichen Frei-quartiere“ von wegen „groben Unfuges“ entlassen, werden wir hier wieder mit erneuter Agitation inhaltlos vorgehen. Doch einige kurze Bemerkungen über das hiesige Gefängniswesen. Eine etwa 15 Fuß lange und 8 Fuß breite Zelle, die überdies noch von einer etwa 4 Fuß breiten und 6 Fuß langen Pritsche zum Lager und einem während unansichtliches Aroma verbreitenden Adrette beengt wird, bildete während in anderen geräumigeren Zellen mehrere Arrestanten zusammen sind, wahrscheinlich auf höhere Anordnung, meinen alleinigen Aufenthalt. Als Kost wird verabreicht, des Morgens ein Stück schwarzes Brod mit Wasser, des Mittags eine Blechschüssel mit Kartoffeln oder Reiskampfer von einer solchen Qualität, daß es mir unmöglich war, solchen zu genießen und ich immer unberührt zurückdrückte. — Ein Strohsack mit wolkener Decke, auf dem man der Fische halber keine Ruhe finden kann, bildet das Nachtlager des Arrestanten, der dadurch Ruhe genug hat, über das humane preußische Arrestwesen nachzudenken. Was schließlich noch das Beste ist: Als einzige Bel-

stärkung kann man daselbst auch das Buch aller Bücher, die Bibel erhalten, welche ich, da ich mich doch nicht in Siegburg sondern in Cremnau befinde, natürlich anschlug.

Mit sozial-demokratischem Gruß  
**H. Hessel jr.**

**Sarburg.** Wir setzen alle Kollegen hiervon in Kenntniß, daß hier ein Tischlerverein gegründet ist.  
Das Verkehrs- und Arbeitsnachweisungs-Lokal befindet sich Neuestraße 51. Der Vorsitzende desselben, Herr W. Janusch, wohnt Langestr. 12a. Zum Organ ist der „Volksstaat“ bestimmt.  
J. A. A. Otto.

Zu dem Bericht über den Partei-Congress ist nachzutragen, beziehentlich zu berichtigen:

Der Antrag Eckstein's betreffs der Fürther Angelegenheit (siehe Bericht in Nr. 80, erste Spalte) lautet:

„Der Congress wolle beschließen, die alte und die neue Mitgliedschaft zu Fürth haben sich im Interesse der Partei zu verschmelzen, zu diesem Zwecke in kürzester Frist in einer Parteiversammlung gemeinschaftlich einen Vertrauensmann zu wählen und hierdurch den Zwistigkeiten ein Ende zu machen.“

Dieser Antrag wurde angenommen.

In Bezug auf die Filial-Expeditionen wurde noch beschlossen, im übrigen Deutschland deren möglichste Beschränkung aber schon vom 1. Octbr. d. J. an erfolgen zu lassen. Dieser Beschluß wurde gefaßt mit Hinweis auf die Monatsabonnements und mit Rücksicht auf eine geregelte Geschäftsführung. Zufolge eines weitern Beschlusses werden überhaupt nur solche Filialen gestattet, welche unter Controlle der Parteimitglieder des betreffenden Ortes stehen.

Der Antrag von Geib, bezüglich des Bradeschen Vorschlags in Sachen des Programms, lautet:

„Mit dem jetzigen Parteiprogramm in die Wahlbewegung einzutreten, aber eine Commission zu wählen, welche dem nächstjährigen Congress Bericht zu erstatten hat, ob und wie weit eine Aenderung des Parteiprogramms vorgenommen werden soll.“

wird angenommen.

Das Amendement von Nord zu diesem Antrage wurde nicht angenommen, sondern abgelehnt.

Zur Abstimmung über Hamburg als Borort der Partei für das laufende Geschäftsjahr stand die Frage einfach: ja oder nein. 36 Delegirte stimmten für Hamburg, 24 Delegirte dagegen. Berlin kam dabei nicht in Betracht, da — im Falle der Ablehnung Hamburgs — über Berlin eine besondere Abstimmung hätte erfolgen müssen.

An Annoncenbeträgen für August schulden:

Altona: Arbeiterverein 10 Gr.; Augsburg: Arbeiterpart. 15 Gr.; Litterar. Verein 7 Gr.; Berlin: J. A. Aff. Havenith 3 Gr.; Sattlerverein 11 Gr.; Gew. der Manufaktur- und Handarbeiter 22 Gr.; Holzarb. Gew. 24 Gr.; Böttcherverein 27 Gr.; Metallarbeiter Gew. 6 Gr.; Arbeiterpart. 2 Tblr. 22.; Breslau: Arb. Partei 1 Tblr. 2.; Barmen: Arbeiterpart. 15 Gr.; Bremen: Buchbdr. Sätze 4 Gr.; Tischlerverein 9 Gr.; Braunschweig: Maler 10 Gr.; Köln: Arbeiterpart. 17 Gr.; Tischler 9 Gr.; Chemnitz: Metallarb. Gew. 14 Gr.; Rautergew. 24 Gr.; sämmtl. Gewerksch. 2 Tblr. 26.; Cassel: Arbeiterpart. 6 Gr.; Dresden: Maurer und Zimmerer 1 Tblr. 15.; Elberfeld: Arbeiterpart. 11 Gr.; Erfurt: Arbeiterpart. 7 Gr.; Frankfurt aM.: Arb. Partei 16 Gr.; Grünhain: Arbeiterpart. 10 Gr.; Gotha: 1 Tblr. 2 Gr.; Glauchau: Volksverein 18 Gr.; Hof: Genossenschaftsbuchdr. 1 Tblr. 20.; Hildesheim: Arbeiterpart. 5 Gr.; Hamburg: Allg. deutscher Arbeiterverein 1 Tblr. 7 Gr.; Buchbinderverein 3 Gr.; Stepper und Borrichter 16 Gr.; Arbeiterpart. 1 Tblr. 25 Gr.; Klempner und Gasfitter 21 Gr.; Hannover: Arbeiterpart. 7 Gr.; Metallarb. Gew. 6 Gr.; Königsberg in Pr.: Arbeiterpart. 4 Gr.; Pörrach: Schür 8 Gr.; Landau in d. Pf.: Arbeiterpart. 3 Gr.; Lechhausen: Arbeiterverein Borwärts 20 Gr.; Leipzig: Töpfergewerkschaft 10 Gr.; Maurer- und Zimmerergewerkschaft 26 Gr.; Meerane: Manufaktur- und Handarbeitergewerkschaft 8 Gr.; Mannheim: Schuhmachergew. 8 Gr.; Arbeiterpart., Todeband, 6 Gr.; Münchenberndorf: J. Döhler, Schuhmachermstr., 6 Gr.; Mülten St. Rillas: Consumverein 1 Tblr. 6.; Mainz: Kapfer 6 Gr.; Niederplanitz: Arbeiterpart. 14 Gr.; Nürnberg: Schneider- und Schuhmachergew. 14 Gr.; Neudorf: Arbeiterpart. 21 Gr.; Norderan: Arbeiterpart. 8 Gr.; Pörrach: Arbeiterverein 4 Gr.; Philadelphia: Frz. Walech 11 Gr.; Paris: Wäst, Restauration, 6 Gr.; Roditz: Arb. part. 7 Gr.; Lehmann (14. jährl. Wahlfreis), 6 Gr.; Stuttgart: Arbeiterpart. 7 Gr.; Buchbinderverein 20 Gr.; Schweinfurt: Schuhmachergew. 5 Gr.; Stöffurt: Arbeiterpart. 20 Gr.; Schwab. Hall: Agitat.-Comité 3 Gr.; Speyer: Orabier, Rufford, 2 Gr.; Schwab. Gmünd: Agitationcom. 16 Gr.; Stollberg: Neubert 10 Gr.; Städte: Arbeiterpart. 4 Gr.; Wiesbaden: Arbeiterpart. 3 Gr.; Schuhmachergew. 5 Gr.; Wien: Unter. Kommission 6 Gr.; Weimar: Keitel 3 Gr.; Zwickau: Arbeiterpart. 12 Gr.

Zur Monat Juli restiren noch:

Altona: Arbeiterverein 9 Gr.; Braunschweig: Metallarbeiter 21 Gr.; Maler 26 Gr.; Berlin: Manufakturarb. 6 Gr., Metallarb. 12 Gr., Arbeiterpart. 2 Tblr. 6.; Köln: Arbeiterpart. 9 Gr.; Erfeld: Arbeiterpart. 2 Tblr. 10.; Constanz: Däckerle, Schneider, 6 Gr.; Chemnitz: Bahnteich 1 Tblr. 21., Dyse 24 Gr., Landesverf.-Com. 17 Gr.; Dresden: Metallarb. 4 Gr.; Erfurt: Holzarb. 1 Tblr. 2.; Eglingen: Arbeiterpart. 6 Gr.; Frankenberg: Arbeiterver. 1 Tblr. 18.; Frohburg: Volkver. 12 Gr.; Gotha: Arbeiterpart. 8 Gr.; Hamburg: Klempner und Gasfitter 10 Gr., Sozialdemok. 16 Gr.; Hannover: Hundstein, Tischlergen. 3 Gr., Arbeiterpart. 8 Gr.; Klagenfurt: Volksbl. 8 Gr.; Landshut: Arbeiterpart. 10 Gr.; Niederplanitz: Arbeiterpart. 5 Gr.; Neudorf: Fischer 10 Gr.; Sorau: Dirslenfabrikant Hoffmstr. 24 Gr.; Stollberg: Arbeiterpart. 10 Gr.; Weimar: Agitationcom. 10 Gr., Arbeiterpart. 10 Gr.; Wieda: Harzer Arb.-Tag 11 Gr.; Werdau: Volkver. 12 Gr.; Witten: Arbeiterpart. 4 Gr.; Zwickau: Arbeiterpart. 16 Gr.; Zeitz: D. Klingner 4 Gr.

Zahlung obiger Beträge ist Pflicht und wird daher schleunigst erwartet. Die defizienten früherer Monate sind dem Ausichuß zur weiteren Behandlung im Interesse der Partei eingesandt worden.

Expedition des „Volksstaat“.

Zum Reichstagswahlsond.

Von Dr. Stidrig. 1 Tblr. 4 Gr.

Genossenschaftsbuchdruckerei.

Antheilhaber der Anzeigennummern erhalten fernere: in Kötha: A. Sp. 4 Tblr.; in Pörrach: J. J. Steinbr. 1 Tblr., A. Sp. 1 Tblr.; in J. G. Stabgr. 1 Tblr.

**Briefkasten**

der Redaktion. Lieber „Neuer“! Ein alter Schnapdrucker aus hiesiger Gegend bombardirt und seit einiger Zeit mit Artillerie „la Marat“. Wir haben schon eifrig Papierkörbe voll. Vielleicht kannst Du den Mann engagiren, Antemalen H. etwas stumpf zu werden beginnt (als verwünschte „Kustlerie“). Wir wollen gelegentlich einen der Artikel (als Probe für Dich abdrucken — natürlich hier im Briefkasten. Wir sind überzeugt, es wird sich ein Händelchen machen lassen. Einer der „Volksstaat“-Juden.

Der Expedition. Schneiderverein (Frz. Ueber), Vorsitz: die Ann. in Nr. 82 kostet 5 Gr. Böttner, Zürich: Wann kommen die Wintermägen? J. Schr. Mainz: das Schriftchen „Unser Vertreter im Reichstag“ ist vergriffen, das Andere demnachst. W. Fuf, hier: Ann. 4 Gr. C. Frei, hier: Schrift 5 Tblr. 15. Arbeiterverein, Ebnberg: Ann. 17 Gr. Buchbinderverein, Leipzig: Ann. 28 Gr. Sozialdem. Verein, hier: Ann. 25 Gr. Hirsch, Köln: Schrift 20 Gr. R. Hsp, Barmen: Schrift 5 Tblr. Hfel j., Cremnau: Schrift 6 Gr. 6. A. Str., Weisalf: Schrift 8 Gr. Hfl, Annaberg: Ann. 6 Gr. 8. Stenogr. Club, Arbeiterbildungs., Leipzig: Ann. 16 Gr. Wand, London: Ab. 2 Tblr. Drifto, Semlin: Ab. 1 Tblr. 21.

**Anzeigen zc.**

**Altona** Soz.-dem. Arbeiterverein. Donnerstag, den 11. Septbr., präcis, 9 Uhr:

**Mitgliederversammlung**

im Schuhmacher Amtshaus, gr. Bergstraße 139. — Tagesordnung: 1. Berichterstattung über den Congress, Ref.: Jante. 2. Verschiedenes.

**Berlin** Gewerkschaft der Manufakturarbeiter. Sonnabend, den 13. Septbr., Abends 8 Uhr, Weberstr. 24a.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Schwotte. 2. Wichtige Angelegenheiten. 3. Vorschlag eines Vertrauensmannes. Nur durch Mitglieder eingeführte Gäste haben Zutritt. W. Schuster.

**Cöln** Sozial-demokratische Arbeiterpartei. Die hiesigen Parteimitglieder versammeln sich jeden Mittwoch, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Engelstein 25. Außergewöhnliche Versammlungen werden durch Plakate bekannt gemacht.

Im Auftrage der Mitglieder: Der Vertrauensmann.

**Hamburg** Hamburg-Altonaer Töpfer-Verein. Sonnabend, den 20. d. M.:

**Stiftungsfest und Ball**

im Apollo-Theater, gr. Drehbahn Nr. 6. Karte für Herren nebst Dame 6 Schil. — Anfang Abends halb 9 Uhr.

Für reichhaltiges Programm wird Sorge getragen. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Das Comité. (26\*)

**Kleinzschocher** Demokratischer Arbeiterverein. Jeden Sonnabend 8 Uhr Versammlung in Lange's Restauration.

Sonnabend, den 13. d. M.: Bericht über den Eisenacher Congress. Referent: Herr D. Stelzer, wozu nicht nur die Mitglieder des Klein- und Großzschocher'schen demokratischen Arbeitervereins pünktlich zu erscheinen aufgefordert werden, sondern auch die Sozialdemokraten von Lindenau, Plagwitz zc. Der Vorstand. [2a]

**Leipzig** Sozial-demokratischer Arbeiterverein. Freitag, den 12. September, Abends 8 Uhr bei Beidler gr. Windmühlstr. 7. — Tagesordnung: Sozial-politischer Wochenbericht, Ref. Kamm. Fragelasten.

Gäste willkommen. Der Vorstand.

**Leipzig** Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 13. d. M., Abends halb 9 Uhr: Versammlung, Windmühlstr. Nr. 7. — Vorlage: Der Holzarbeiter-Congress. Wahl eines Delegirten zu denselben.

Zahlreiches Erscheinen erwartet. D. Ven.

**Leipzig** Gewerkschaft der Töpfer. Dienstag, den 9. Septbr., Abends halb 8 Uhr: Versammlung in Göge's Restauration.

Es wird dringend gebeten zahlreich zu erscheinen. D. S.: E. Heßner.

**Stollberg** Das Stiftungsfest des Arb.-Bild.-Vereins alhier, verbunden mit Festzug, Vorträge, Feste u. s. w., findet Sonntag, den 21. September, a. e. statt.

Allen Arbeitervereinen, Parteigenossen und Freunden von nah und fern dieß zur verlässigen Anzeige. Der Vorstand: Freuzel.

**Stuttgart** Zur Beachtung für Schneider. Das unentgeltliche Arbeit-Nachweisbureau befindet sich Hauptstädterstraße Nr. 19 bei Franz Wörner.

Der Vorstand des Stuttgarter Schneidervereins. [3a]

**Vorläufige Anzeige.**

Die Mitgliedschaft zu Zwickau beabsichtigt Sonntag, den 21. Septbr., ein Arbeiterfest, verbunden mit Concert und Ball abzuhalten, wozu alle Parteigenossen von nah und fern freundlich eingeladen werden. Das Festcomité.

Alle Freunde des Redakteurs Herrn E. Pöckel, welche für dessen Familie dem früheren Verleger der „Demokratischen Zeitung“ Herrn J. Schumann Gelder überwiesen haben, bitte ich, mir umgehend davon Mitteilung zu machen. Schumann weigert sich, Rechnung zu legen. Die demselben von Herrn Pöckel ertheilte Vollmacht ist zurückgezogen und mir überwiesen. Um möglichste Verbreitung dieses Bittes

E. A. Schramm, Berlin, Mariannen-Ufer 1a.

Bei meiner Abreise von Leipzig lege ich allen Freunden und Bekannten ein herzliches Adieu. Heinrich Jappke, Schriftföhrer.

Karl Grün, Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich und Belgien wird gesucht. Sollte ein Parteigenosse das Werk besitzen und es verlustlos oder teilweise zu überlassen geneigt sein, bitte ich, mich zu benachrichtigen. Ortelmann, per Adr. A. Grib, Ködigsmarkt 12.

**Zur allgemeinen Kenntniß**

bringen wir, daß Inserate für die nächste Nummer nur bestimmte

Aufnahme finden, wenn das betr. Manuscript einen Tag vorher, also Montag, Mittwoch oder Freitag Mittags in unseren

Händen ist. Inserate bitten wir an uns zu adressiren.

**Die Expedition des „Volksstaat“.**

**Bekanntmachung.**

Der Redakteur Herr Aljos Schauer hier ist auf Privatanklage des Direktors der ehemaligen Schiffsbau Schiffsbau- und Maschinenbau-Anstalt Herr Robert Adolph Köhler hier wegen der in der Veröffentlichung eines in Nr. 49 des „Volksstaat“ vom Jahre 1872 abgedruckten Artikels zu befinden gewesen belästigt zu einer Beleidigung aus Grund der §§ 185, 49, 44. des Reichsstrafgesetzbuchs in einer Geldstrafe von 15 Tplr. verurtheilt worden, was auf Antrag Privatanklägers hiermit veröffentlicht wird. Dresden, am 27. August 1873.

Königliches Bezirksgerichtsm. Kanzler, Hf.

Leipzig. Verantw. Redakteur E. Casper. (Redaktion und Expedition: Reichenstr. 44). Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.